

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint wochentags nachm. 4 Uhr. Preis pro Quartal 3 RM. Bei Vorbestellung 1 RM. 20 Pf. monatlich. Einzelhefte 10 Pf. Alle Postbestellungen, Bestellungen, weitere Anträge u. Geschäftsveränderungen zu jeder Zeit. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Sonntags- und Feiertagshefte werden nicht ausgegeben. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Rücksendung einzelner Hefen erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Verantwortliche: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Inauguralpreis: 10 Pf. (einschl. Post). Anzeigenpreise laut anliegender Preisliste Nr. 6. - Briefkasten: 20 Wilsdruff. - Besondere Erscheinungen und Plakate werden nach Möglichkeit berücksichtigt. - Anzeigen-Nachdruck ist ohne Rücksicht auf die Rechte der Verleger zu untersagen. - Bei Konflikt und Zwangsvergleich erfolgt jeder Anspruch auf Nachlag.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 19 — 95. Jahrgang Ortsanschrift: "Tageblatt" Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 23. Januar 1936

Verantwortungsbewusste Staatsführung.

Die Aufgabe der Reichsankast für das deutsche Völkerverwehen.

Was wir schaffen, schaffen wir nicht für die Gegenwart, das schaffen wir für eine weite Zukunft, für Jahrhunderte, für Jahrtausende. Das Werk, das wir bauen, soll bestehen und soll allen Stürmen trotzen. In einem solchen machtvollen Werk gehören starke, gesunde, kraftvolle Menschen. Schwach, jeder Mensch hat in erster Linie selbst für seine Gesundheit zu sorgen, aber der Staat selbst für seine Gesundheit zu sorgen, das auch er von Staats wegen die Gesundheit des Volkes zu überwachen und zu gewährleisten hat. Er erblickt darin eine verantwortungsvolle Aufgabe, die um so größer ist, als nur ein gesundes Volk einen gesunden Staat erhalten kann. Blut und Rasse, Landschaft und Boden leben im Mittelpunkt des neuen deutschen Denkens. Der Staat, der das Volk gesund erhalten will, der muß auch das Volk gesund erhalten, das heißt die Gesundheit des deutschen Volkes fördern, um es dem Volk nutzbringend zu machen zur Besserung und Heilung von Krankheiten. Das ist die Idee, die der kürzlich eröffneten Reichsankast für das deutsche Völkerverwehen in Dresden zugrunde liegt. Zum erstenmal hat sich eine Regierung der Heiligkeit des deutschen Bodens, des Reises und Fremdenverkehrs, der Väter und Autorität angenommen. Diese Reichsankast wird die gesamte Planung für Forschung, Wissenschaft, für das Arztium und die volksgesundheitlichen Aufgaben der deutschen Väter und Kurorte versehen. Sie wird die Betreuung des deutschen Volksgutes. Sie wird den jungen Arzt und die medizinisch studierende Jugend im Rahmen des nationalsozialistischen Volksgesundheitswesens in die Aufgaben der Väter- und Klimakunde einführen. So wird diese Reichsankast die Heilfürder dem arbeitenden Volk erhalten und wird damit den Kampf führen gegen Volksleiden, gegen schlechende Krankheiten zum Besten des Volksganges, zur Sicherung der Zukunft und kommenden Geschlechter.

Rechtspflege und Erbgesundheit.

Wir wollen nicht in die Fehler der liberalistischen Zeit verfallen, in der die Presse der Öffentlichkeit Prozesse und Schicksale vor den Schranken des Gerichts in epischer Breite vortrug. Wir wollen bewusst uns fernhalten von der Sensationslust, die durch fremdartige Elemente in der Presse des Zwischenreiches genährt wurde, wir werden deshalb auch auf die Einzelheiten aus dem Prozeß gegen den Kindesmörder und Stillschleppersverbrecher Seefeld verzichten, der das Gericht in Schwerin zu beschäftigen hat. Aber dennoch werden wir uns mit dem Prozeß aus einem ganz bestimmten Grund befassen, weil er nämlich den Beweis für die Richtigkeit der nationalsozialistischen Erbgesundheits- und Strafrechtspflege erbringt. Dieser 63jährige Wälfing, der da lebt vor seinen Richtern steht, hat bereits mit 16 Jahren seine ersten Schandtat begangen und in den letzten vier Jahrzehnten nicht weniger als 23 Jahre im Zuchthaus gesessen. Immer wieder waren es dieselben Verbrechen, die ihn mit dem Gericht in Konflikt brachten. Immer wieder hat man ihn für Jahre sicher gestellt, aber man hat die Öffentlichkeit von diesem Schädling nicht zu befreien gewollt. So häuften sich die Straftaten, ohne daß das Gesetz Sicherungs- oder Schutzmaßnahmen getroffen hätte, durch die die Jugend vor schweren Schädigungen schon früher bewahrt worden wäre. Und das sind die Lehren dieses Prozesses für uns heute: Hier sieht man einen Menschen frei herumlaufen, der mit den schrecklichsten Erbanlagen belastet war, einen ganz minderwertigen Menschen, der nichts gelernt hatte, der nichts leistete, der Verbrechen beging, die seinem vergifteten Blut entsprangen. Der Vater des Angeklagten war ein Trinker, der im Armen- und Sündenhaus starb. Neun Kinder hinterließ er, von denen sich wieder zwei Trinker geworden, einer hat durch Selbstmord geendet, ein anderer war geisteskrank. Hier zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit die Verpflanzung der Erbanlagen von Generation zu Generation. Der Angeklagte, einer von den neun Söhnen, ist vierzehnmal wegen schwerer Verbrechen verurteilt. Einer kurzen Ehe entspringt ein Sohn, der den Fluch des unheiligen Erbgutes weitertrug. Dieser Sohn stand schon mit 16 Jahren wegen wilderartiger Unzucht vor dem Richter und wurde später wegen Gemeingefährlichkeit einer Strafankast überwiesen.

Das Gericht der früheren Ära würde den 63jährigen Seefeld wiederum zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilen und damit seine Aufgabe erfüllt zu haben glauben. Die Rechtspflege im nationalsozialistischen Deutschland hat aber ein größeres Verantwortungsbewußtsein. Dieser Seefeld wird ein für allemal unschädlich gemacht werden, das fluchwürdige Erbgut wird vernichtet werden, damit es sich nicht weiter-

Die furchtbare Not der Sudetendeutschen

Eindringlicher Appell an das Gewissen der Prager Regierung.

Die Wirtschaftskrise und die katastrophale Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei, durch die besonders die sudetendeutschen Randgebiete des Staates betroffen sind, haben, wie aus Prag berichtet wird, ein solches Ausmaß erlangt, daß die Befürchtungen nur zu berechtigt sind, es könnte zu Weirückungen kommen, die dann durch nichts aufzuhalten wären.

In wirklich größter Stunde haben nun die Parlamentarier der Sudetendeutschen Partei im Bewußtsein ihrer menschlichen Verantwortung einen letzten eindringlichen Versuch unternommen, die Verantwortungsträger des Staates zum helfenden Eingreifen zu veranlassen. Am Mittwoch waren die Vertreter der Prager deutschen und tschechoslowakischen Inlandsblätter, als auch die Prager Korrespondenten der Auslandspresse zu einer Besprechung geladen, in der sie in Anwesenheit sämtlicher Parlamentarier der SDP, von den verschiedenen Kreisvertretern der SDP.

über die gräßliche Notlage in den sudetendeutschen Randgebieten unterrichtet

wurden. Abgeordneter Sandner erklärte als den Zweck dieser Zusammenkunft, daß die verantwortlichen Faktoren in diesem Staat endlich das sudetendeutsche Elend zur Kenntnis nehmen müßten, wenn es nicht zu katastrophalen Erscheinungen in den sudetendeutschen Randgebieten kommen soll.

Die folgende Schilderung der einzelnen Kreisvertreter brachte Elendsberichte in den furchtbarsten und erschreckendsten Zügen.

Die letzten beschäftigten Feinmehrer Müppeln für fünf bis sieben tschechische Kronen von früh bis spät in die Nacht, um dann mehr als drei tschechische Kronen für das Material davon zu bezahlen.

Abgeordneter Zippelius erzählt von den Verhältnissen in Graupen im Erzgebirge und schildert die Not der Menschen, die nur noch der Schatten eines menschlichen Wesens sind. Ein Burke im Alter von 18 Jahren wiegt nur 26 Kilogramm. Fünf bis sechs Wochen alte Kinder können von der Mutter nicht mehr genährt werden, weil der ausgemergelte Körper nicht mehr dazu imstande ist. In Elendswohnungen haufen zwölf Menschen in einem Raum von zwanzig Quadratmeter Fläche. Abgeordneter Hirtze zeigt das Elend im Jvaidauer Gebiet auf, wo in der Stadt Jvaidau selbst

von 4800 Einwohnern nur noch 200 Menschen Beschäftigung haben.

30 Prozent der Kinder sind unterernährt und tuberkulös. Wer von den Gewerbetreibenden noch nicht zugrunde gerichtet ist, dem rauten die überhöhten Steuerforderungen die letzte Existenzmöglichkeit. Abgeordneter Hollube, der sich besonders mit dem Elend im Goblonszer Glasgebiet beschäftigte, verwies darauf, daß im tschechoslowakischen Gebiet Millionen Investitionen durch-

geführt werden, während im deutschen Gebiet ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt wird. Seitdem die Wälder verstaatlicht sind, dürfen die Arbeitslosen nicht einmal mehr Klaubholz sammeln, um sich vor dem Erfrieren im Winter zu schützen. In der Ortschaft Weisbach ist der Hungertypus eingezogen. Und diese furchtbaren Zustände herrschen im ganzen sudetendeutschen Gebiet.

Ein einfacher anonymes Zettel genügt, um deutsche Menschen um jede Unterstützung zu bringen.

Die Gewerkschaften sind Exerzierfelder der Marzisten geworden. Zur Not, zum Terror und zu den zahllosen Denunziationen gefüllt sich die Unmoral, vor allem die Demoralisierung der Jugend, die arbeitslos in dieses Elend hineinwächst. Abgeordneter Hobina schilderte besonders eingehend die Auswirkungen der Not auf den gesundheitlichen Zustand der Kinder. Sie sind körperlich und seelisch schon so zerrüttet, daß der Lehrer es nicht wagt, sie zu prüfen, weil sie in der Bank hantlos zusammenfallen.

Abgeordneter Rudolf Sandner zog aus den einzelnen Schilderungen die politischen Schlussfolgerungen und stellte zusammenfassend fest: Heute ist es unmöglich, die Menschen weiter zu vertrieben.

Die Frage, ob im Sudetendeutschum auch weiterhin Ruhe, Selbstbeherrschung und Disziplin aufrechterhalten werden kann, ist ausschließlich davon abhängig, ob man sich auf Seiten der Verantwortlichen des Staates endlich einmal dazu entschließen wird, zum mindesten den guten Willen zu zeigen.

Die Sicherheit eines Staates kann durch nichts so gefährdet werden, als durch eine systematisch herbeigeführte Verzweiflungstimmung der Massen. Wir haben wiederholt darauf verwiesen, daß all das Elend, die Not und die Verzweiflungstimmung im Sudetendeutschum nicht nur die Folge einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise ist, sondern daß dazu der in ihrer Wirkung katastrophale, einmündende und verbitternde Nationalitätenkampf mit schuld ist.

Nach Abschluß der eindrucksvollen Besprechung begaben sich sämtliche Senatoren der SDP zum Landesamt, um auch dort das gesamte Material über das Elend in den sudetendeutschen Randgebieten vorzulegen und Abhilfe zu fordern. Sämtliche Abgeordneten begaben sich zum selben Zweck in das Fürsorgeamt.

60 Nationalsozialisten in Österreich verhaftet.

In dem österreichischen Ort Eggenberg bei Graz wurden, wie das Deutsche Nachrichtenbüro meldet, am Dienstag 60 Nationalsozialisten verhaftet. Diese Verhaftungen sollen im Zusammenhang mit der letzten Flugblattaktion stehen.

Rabinett Laval gestürzt.

Die Regierungskrise in Frankreich, die schon seit längerer Zeit einen Kabinettswechsel erwartete, hat am Mittwoch ihren plötzlichen Abschluß gefunden. Nach einem letzten Kabinettsrat begab sich Ministerpräsident und Außenminister Laval zum Präsidenten der Republik, um ihm den Gesetzentwurf der Regierung zu melden. Das Kabinett Laval hat damit eine Lebensdauer von 7 1/2 Monaten gehabt.

Laval hat das Anerbieten des Präsidenten der Republik, eine neue Regierung zu bilden, abgelehnt.

Der Kabinettsrat hatte nur eine Stunde gedauert. Gleich zu Beginn der Sitzung hatten Staatsminister Perriot, Handelsminister Bonnet und Handelsmarine-Minister Bertrand sowie Innenminister Paganot ihren Rücktritt erklärt, während die beiden aus dem Senat stammenden radikalsozialistischen Minister Régnier (Finanzen) und Maulpol (Pensionen) sich diesem Schritt zunächst noch nicht angeschlossen hatten.

trägt. Durch das „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung“ vom 21. November 1933 hat der nationalsozialistische Staat ein Volkswort gegen jenes Verbrechertum aufgestellt, das aus Gewohnheit und minderwertiger Veranlagung handelt. Der Fall Seefeld beweist — wenn es überhaupt nötig ist — die Berechtigung dieser Gesetzgebung.

Laval teilte dann im Kabinettsrat mit, daß er von den zurückgetretenen radikalsozialen Ministern ein Schreiben erhalten habe, in dem es u. a. heißt:

„In einem Gefühl der Treue zu unserer Partei und der Aufrichtigkeit Ihnen gegenüber glauben wir, politisch ehrlich zu handeln, indem wir Ihnen unseren Rücktritt aus der Regierung mitteilen. Es scheint uns in der Tat, daß wir Ihnen nicht mehr die unentbehrliche Unterstützung unserer Freunde aufrechterhalten können, um Ihnen in der Kammer die für jede Regierungstätigkeit notwendige Mehrheit zu gewährleisten zu der Stunde, in der sich uns so viele schwere Fragen stellen, die eine Lösung erfordern.“

Lavals Rechenschaftsbericht.

Nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten der Republik gab der zurückgetretene Ministerpräsident Vertretern der Presse eine Erklärung ab. Laval unterstrich in ihr, daß er das Bewußtsein habe, seine Aufgabe erfüllt zu haben. Der Franken, dessen Verteidigung ihm anvertraut worden sei, sei nicht angefallen. Der Staatshaus halt sei um ein Häufel erleichtert. Die Maßnahmen, die er getroffen habe, begannen ihre Früchte zu tragen. Ein Wiederaufleben der wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Tätigkeit mache sich bemerkbar.

In Bezug auf die Außenpolitik seien zu Beginn und während seiner Amtszeit erste Schwierigkeiten aufgetaucht. Der Friede sei aber abwärts